

Forschungsaufgabe Industriekultur

Tagung anlässlich des 50-jährigen Bestehens der
Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung e.V.
23. bis 25. September 2002 im Weltkulturerbe Völklinger Hütte

Anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens veranstaltete die Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung in Verbindung mit dem Historischen Verein für die Saargegend, dem Institut für Landeskunde im Saarland und dem Weltkulturerbe Völklinger Hütte eine Tagung zum Thema "Forschungsaufgabe Industriekultur". Der Titel spiegelt die Interdisziplinarität und thematische Bandbreite wider, mit denen die unterschiedlichen Dimensionen und Perspektiven der „Forschungsaufgabe Industriekultur“ beleuchtet wurden: Sowohl die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen industrieller Modernisierung als auch die anthropologischen Dimensionen der von Technisierung und Rationalisierung geprägten Lebenswelten wurden thematisiert. Die Vorträge von Wissenschaftlern aus Frankreich, Luxemburg und Deutschland trugen schließlich dazu bei, "Industriekultur" nicht nur in ihren vergleichenden regionalspezifischen Aspekten darzustellen, sondern die industrielle Entwicklung an der Saar ebenfalls unter grenzüberschreitenden Perspektiven und in ihren interregionalen und internationalen Bezügen zu thematisieren.

Vier Sektionen bündelten die thematischen Schwerpunkte der Tagung: *Technikgeschichte, Staat und Unternehmertum, Arbeiterkultur und Arbeiterorganisation* sowie *Industrie und Landschaft*.

Das Symposium wurde mit einer Feierstunde anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Kommission für Landesgeschichte eröffnet. Der Vorsitzende **Kurt-Ulrich Jäschke** (Saarbrücken) stellte einleitend die eng mit der bewegten Saar-Geschichte der beiden ersten Nachkriegsjahrzehnte verflochtene Entstehungsgeschichte der Kommission dar. **Jürgen Reulecke** (Siegen) bettete mit seinem Festvortrag über "*Fortschrittseuphorie und Fortschrittskritik um 1900: die Ambivalenz der Moderne*" das Thema „Industriekultur“ in den Zusammenhang der Modernisierungsdebatte in der Hochindustrialisierung ein. An zwei Komplexen: der Großstadtkritik und der Männerbundideologie, arbeitete er den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen um die Jahrhundertwende und ihrer nachhaltigen Perzeption und Deutung heraus. Der bei den neuen Eliten der Techniker, Ingenieure und Großindustriellen weit verbreiteten Fortschrittseuphorie setzten vor allem Intellektuelle und Künstler, aber auch Vertreter der Arbeiterbewegung einen radikalen Skeptizismus entgegen. Dabei artikulierten sich in der Metapher vom „neuen Menschen“ sowohl die Hoffnung auf eine „bessere“ Zukunft als auch die existentielle Angst vor der industriell-technischen Modernisierung. Diese Ambivalenz äußerte sich in der Lebensreformbewegung ebenso wie in einer verklärten Agrarromantik mit übersteigerten antiurbanistischen Zügen. Als pseudowissenschaftliche Legitimationshilfe zog man nicht selten rassenbiologische oder völkische Argumentationsmuster heran. Insbesondere für Teile der jungen Generation wirkten diese alternativen Sinnstiftungsangebote prägend. Als „neue Menschen“ der Zukunft sollte ihnen die Gestaltung der künftigen Gesellschaft obliegen. Von einer humanistischen Idee „des Menschen“ hatte man indes mit der Rezeption der Lehren von Charles Darwin (1809-1882) Abschied genommen. Die Daseinsberechtigung des einzelnen und somit die Gesellschaft insgesamt sollten sich nach dem Prinzip des „survival of the fittest“ strukturieren. Mit der ethnologisch begründeten Männerbundideologie von Heinrich Schurtz (1863-1903) nahm man die Verfassung der NS-Verbände zum Teil voraus. Der NS-Philosoph Alfred Baeumler (1887-1968) griff schließlich in den dreißiger Jahren diese Ideen auf und überformte sie im Sinne des Na-

tionalsozialismus. Die Strahlkraft der um die Jahrhundertwende kursierenden Sinnstiftungsangebote und letztlich deren Rezeption durch führende Protagonisten der NS-Bewegung verdeutlichten, daß ein „Forschungsauftrag Industriekultur“ ohne die subjektive Dimension menschlicher Erfahrung nicht denkbar ist.

I. Technikgeschichte

Heinz Quasten (Saarbrücken) eröffnete mit seinem Referat über *“Die Rohstoffe in der saarländischen Montanindustrie seit dem späten 19. Jahrhundert”* die Sektion *Technikgeschichte*. Anhand dreier Phasen – Aneignung der französischen Minette (1871-1918), Einfrieren der regionalen Rohstoffbasis aufgrund nationaler Interessen (1919-1959) sowie Abschmelzen der regionalen Rohstoffbasis (1959-2002) – stellte er die für das saarländische Industrieviertel charakteristische Verzahnung der beiden montanindustriellen Produktionsprozesse Steinkohlegewinnung und Eisen- bzw. Stahlerzeugung dar. Obwohl die Region im Betrachtungszeitraum mehrmals die territoriale Zugehörigkeit wechselte (1919, 1935, 1945, 1955/59), blieb die Verbindung dieser beiden Branchen für die industrielle Entwicklung des Saarreviers konstitutiv. Insgesamt erwies sich die Rohstoffsituation im Saar-Lor-Lux-Raum für die industrielle Nutzung als ungünstig. Die Eisenherstellung mußte nach der Erschöpfung der regionalen Erzvorkommen auf die lothringische Minette ausgerichtet werden, zudem war die saarländische Kohle zur Koksherstellung nur eingeschränkt nutzbar. Qualitative Defizite auf der Rohstoffebene konnten jedoch durch die Einführung moderner Verarbeitungsmethoden teilweise kompensiert werden. Erst mit der 1959 einsetzenden Kohlekrise begann hingegen der bis heute andauernde Prozeß, der den regionalen Zusammenhang von Bergbau und Hüttenwesen auflöste.

Hans-Walter Herrmann (Saarbrücken) thematisierte in seinem Vortrag *“Von der Thomasbirne zum Oxygenblasstahlwerk - Bemerkungen zum Modernisierungsgrad der Saalhütten zwischen 1890 und 1980”* den Zusammenhang zwischen Rohstoffbasis und technischer Innovation. Die Korrelation von technischem Ausrüstungszustand der Saalhütten und ihrer jeweiligen politischen Zugehörigkeit bzw. wirtschaftlichen Orientierung stellte er in fünf Phasen dar: 1. die beiden Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg, die vor allem durch die Verlagerung der Eisenproduktion nach Lothringen gekennzeichnet waren; 2. die Zeit der Völkerbundsverwaltung, in der man um die Einführung rationalerer Verfahren zur Optimierung der Produktivität bemüht war; 3. die Phase der auf Autarkie ausgerichteten NS-Planwirtschaft ab 1935, deren Hauptmerkmal die ausbleibende Modernisierung saarländischer Hüttenanlagen aufgrund ihrer Grenzlage und der militärischen Ziele des Dritten Reiches darstellte; 4. die Zeit der Zugehörigkeit zum französischen Wirtschafts- und Währungsraum 1945/47-1959 und 5. die Entwicklung vom wirtschaftlichen Anschluß bis zur Fusion und Konzentration der Roheisenerzeugung in Dillingen im Laufe der 1970er und 1980er Jahre. Bahnbrechende metallurgische Erfindungen gingen von der saarländischen Industrie nicht aus. Vielmehr zielte die Modernisierung der Saalhütten im 20. Jahrhundert darauf, die Nachteile der im Revier verfügbaren Rohstoffe zu mindern oder auszugleichen, um auf den im Laufe der Zeit mehrmals wechselnden Märkten konkurrenzfähig zu bleiben. Die Folge war ein hoher Grad an produktionstechnischer Spezialisierung, der jedoch hinfällig wurde, sobald qualitativ hochwertigere Erze verarbeitet werden konnten. Die saarländische Eisen- und Stahlproduktion blieb – auch aufgrund eines Mangels an Investitionstätigkeit – hinter dem Modernisierungsgrad anderer montanindustrieller Regionen zurück.

Jacques Maas (Luxemburg) schloß den Themenbereich *Technikgeschichte* mit seinem Vortrag über *“Technische Innovationen in Wärme- und Kraftwirtschaft der Eisen- und Stahlindustrie und ihre Einwirkung auf grenzüberschreitende Unternehmensstrategien zu Beginn des 20. Jahrhunderts”*. Er akzentuierte insbesondere die Frage nach den überregionalen und transnationalen Verflechtungen technischer Modernisierung und unternehmerischen Agierens. Dabei berücksichtigte er zunächst die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des 19. Jahrhunderts, um sodann die technischen Neuerungen in Wärme- und Kraftwirtschaft anhand der Entwicklung und Einführung des Gichtgasmotors und der Hochofengichtgasmaschine zu exemplifizieren. In einer Synthese stellte er die Folgen dieser betriebstechnischen Innovationen für das Agieren der Unternehmensfüh-

rungen am Beispiel der luxemburgischen *Société des Hauts-Fourneaux de Differdange* dar. Insbesondere die defizitäre Rohstoffsituation im Großherzogtum trug zum Durchbruch der neuen Gasmotorenteknik bei, da die Unternehmer sich dadurch Unabhängigkeit vom Kohle- und Koksimport erhofften. Die Fähigkeit, im Bereich technischer Innovationen auch grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten, bewies die Luxemburger Gesellschaft schließlich um die Jahrhundertwende, als die Gasmotorenteknik mit Hilfe eines in der Dillinger Hütte praktizierten Kühlungsverfahrens optimiert werden konnte. Was den Aspekt der grenzüberschreitenden Unternehmensstrategien betrifft, so läßt sich eine Hierarchisierung der Standorte zugunsten der Werke mit Gichtgasmotorenteknik konstatieren. Reine Hochofenwerke wurden mittelfristig stillgelegt. Der Wunsch nach einer optimalen Nutzung der Gichtgase sowie die Finanzierung der dafür notwendigen Modernisierungen stellten schließlich wichtige Faktoren zur Gründung des luxemburgischen Arbed-Konzerns 1911 dar. Bereits der Name dieses Firmenzusammenschlusses – ein Akronym aus *Aciéries Réunies de Burbach-Eich-Dudelange* – zeigt die Einwirkung technischer Innovationen auf grenzüberschreitende Unternehmensstrategien zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

In der anschließenden **Diskussion**, von **Liselotte Kugler** (Berlin) geleitet, wurde die Frage nach den kulturellen Dimensionen des “Nachhinkens der saarländischen Technik” und der “mangelnden Bereitschaft zur Innovation” aufgeworfen. Hans-Walter Herrmann stellte heraus, daß dies in engem Zusammenhang mit den Eigentumsverhältnissen zu sehen sei. Der Wille zu investieren sei auch stets von der Standortfrage abhängig gewesen. Diese wiederum sei jedoch einerseits von der jeweiligen politischen Konstellation, andererseits von ökonomischen Erwägungen bestimmt worden.

II. Staat und Unternehmertum

Ralf Banken (Köln) eröffnete mit seinem Vortrag “*Zwischen Administration und Unternehmertum. Die staatlichen Bergbaubeamten im 19. und frühen 20. Jahrhundert*” die Sektion *Staat und Unternehmertum*. Er beleuchtete die Formen staatlichen Dirigismus am Beispiel der Organisation und Entscheidungsfindungsprozesse sowie des Profils der leitenden Beamten in den verschiedenen administrativen Ebenen der Bergämter. So stellte sich die Gliederung des preußischen Saarkohlebergbaus als hierarchisch strukturiert dar: Das faktisch direktorial verfaßte Saarbrücker Bergamt unterstand zum einen unmittelbar dem Oberbergamt in Bonn, zum anderen der ministeriellen Oberberghauptmannschaft in Berlin. Das Bergamt von Saarbrücken – seit 1861 Bergwerksdirektion – stand formal nicht im Abhängigkeitsverhältnis zu den übergeordneten Instanzen, sondern verfügte in Sachangelegenheiten über einige Entscheidungskompetenz. Dennoch griff die Oberberghauptmannschaft in Berlin nachhaltig in die Belange der Saargruben ein. Nicht nur die jährlich abgefaßten Ökonomiepläne schränkten deren Autonomie ein, sondern auch der bürokratische Umweg über Berlin bei Personalfragen, besonderen Vertragsabschlüssen oder Bauvorhaben. Umständliche Genehmigungsverfahren und Entscheidungsvorbehalte der preußischen Bergbaubehörde führten zu einer erheblichen Einschränkung der unternehmerischen Möglichkeiten. Diese Form des staatlichen Dirigismus wurde in der “Gründerzeit” mit ihrer erstarkenden betriebswirtschaftlichen Dynamik und der vom Konkurrenzdruck geforderten Flexibilität hingegen zum Anachronismus. Die preußischen Bergbaubeamten, die zu einer autoritär-konservativen Führungselite ausgebildet worden waren, verkörperten daher immer mehr das Spannungsfeld „zwischen Administration und Unternehmertum“.

Hans-Christoph Seidel (Bochum) analysierte die “*Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeit im Steinkohlebergbau an Ruhr und Saar während des Zweiten Weltkrieges*”. Er ging aus von der quantitativen Entwicklung der Ausländerbeschäftigung im Saar- und Ruhrbergbau. Während im Ruhrgebiet in den ersten Kriegsjahren (Frühjahr 1940 bis Ende 1941) bereits ca. 80.000 ausländische Arbeitskräfte im Bergbau eingesetzt wurden, spielte Ausländerbeschäftigung im Saarland bei ca. 800 beschäftigten Personen nur eine geringe Rolle. Die Gründe für diese Sonderentwicklung an der Saar lagen sowohl in der Abwanderung von Arbeitern aus dem Bergbau in andere Industriezweige seit 1937, als auch in der durch die militärische Situation bedingten Stille-

gung von saarländischen Schachtanlagen zwischen 1939 und 1940 sowie schließlich der Konzentration zentraler Instanzen auf das Ruhrgebiet und auf Oberschlesien. In der Phase von Anfang 1942 bis Ende 1944 näherte sich die Entwicklung der Ausländerbeschäftigung an Ruhr und Saar zunächst an, obwohl die Zahl der im Bergbau eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte im Saarland immer noch niedriger lag als im Ruhrgebiet. Dieser Zeitraum war insbesondere durch den im Sommer 1942 beginnenden "Russeneinsatz" gekennzeichnet. Neben dem quantitativen Vergleich der Ausländerbeschäftigung im Steinkohlebergbau an Saar und Ruhr wurden betriebliche Organisationen thematisiert, die als organisatorisches Netzwerk für die Koordination der Zwangsarbeit dienen sollten. Die seit 1942 eingerichteten "Arbeitskreise für Leistungssteigerung" dienten der Organisation des "Ausländereinsatzes" auf der Ebene der einzelnen Zechen, während die "Leistungskameradschaften" einen Erfahrungsaustausch über Betriebsleistungen zwischen benachbarten Zechenanlagen ermöglichen sollten. Mit Beginn des "Russeneinsatzes" wurden in diesen Gremien drei Themenkomplexe besonders diskutiert: 1. das Verhältnis der Ausländer zu den deutschen Stammebelegschaften, deren überwiegend ablehnende Haltung in den "Arbeitskreisen" überwunden werden sollte; 2. Organisation und Form des betrieblichen Ausländereinsatzes, dessen Ziel die Trennung von Ausländern und Stammebelegschaften durch Einrichtung von "Russenstreben" und "Russensbetrieben" sein sollte; 3. das System der Leistungsanreize und Sanktionsmaßnahmen, wobei "Leistungsernährung" sowie die Errichtung betrieblicher Arbeiterziehungslager als Disziplinierungsmittel diskutiert wurden.

Klaus Tenfelde (Bochum) beendete den Themenbereich *Staat und Unternehmertum* mit seinem Vortrag *"Krupp und Stumm. Über Unternehmenskultur im Deutschen Kaiserreich."* In mentalitäts- und sozialgeschichtlicher Perspektive zeigte er, daß beide Magnaten, was ihre Unternehmens- und Personalführung betrifft, durchaus Vergleichsmöglichkeiten eröffnen. So vertraten beide eine Sozialpolitik, die als Patriarchalismus oder Protektoralismus beschrieben werden kann. In ihrem generellen Verständnis von Betriebsführung lassen sich hingegen Unterschiede feststellen: Während Alfred Krupp das Unternehmen in einem autoritär-väterlichen Sinne als „Werksfamilie“ verstand, dienten Carl Ferdinand Stumm militärisch-soldatische Strukturen als erstrebenswertes Modell. Trotz dieser unterschiedlichen Ansätze ähnelte sich das betriebspolitische Instrumentarium, mit dem sie zwar einerseits zukunftsweisende Sozialpolitik gestalteten – wie z.B. die Stammebelegschaftspolitik, das Hilfskassenwesen oder der Werkwohnungsbaue zeigen –, mit der sie andererseits aber jegliche Ansätze autonomer Willensbekundung oder politischer und gewerkschaftlicher Organisation bei den Arbeitern unterbanden. Krupp wie Stumm beanspruchten einen "Herr-im-Haus-Standpunkt", der unangefochtene und allumfassende Autorität miteinschloß. Dieses Verständnis von Werks- und Personalführung war von altpreußischem Geist getragen und hatte seine Wurzeln in der Ständegesellschaft des aufgeklärten Absolutismus. "Zuckerbrot und Peitsche", Privilegierung und Disziplinierung, kennzeichneten nicht nur den preußischen Obrigkeitsstaat, sondern auch die Unternehmenskultur im Deutschen Kaiserreich.

Die folgende **Diskussion** wurde von **François Roth** (Nancy) geleitet. Ralf Banken unterstrich das ökonomische Interesse Preußens an den lukrativen Gewinnen der Saargruben. Ein Vergleich zwischen Staat und Privatwirtschaft erweise sich aber wegen unterschiedlicher Vorgehensweisen bei Bilanzierung und Buchführung als problematisch. In dem Spannungsfeld zwischen Administration und Unternehmertum könne von einer mangelnden Bereitschaft der preußischen Beamten zu technischen Innovationen nicht die Rede sein. Christoph Seidel führte aus, wie die Praxis der individuellen Leistungsbewertung bei russischen Arbeitern durchgesetzt wurde. Da es sich unter Tage überwiegend um kollektiv ausgeführte Arbeit handelte, bestand das Problem nur, solange russische und deutsche Arbeiter in einer gemeinsamen Gedingekameradschaft arbeiteten. Dann nämlich waren die deutschen Bergleute darum bemüht, das Lohnniveau der sowjetischen Zwangsarbeiter möglichst niedrig anzusetzen, um selbst höhere Löhne erhalten zu können. Einen Vergleich dieser Praxis mit dem Einsatz von Kriegsgefangenen während des Ersten Weltkrieges und der dort bereits praktizierten Leistungsernährung bewertete Seidel als aussichtsreich. Klaus Tenfelde erläuterte, daß es sich beispielsweise bei der "Herr-im-Haus"-Metapher um einen Begriff aus der Frühen Neuzeit handele und sich der unternehmerische Patriarchalismus ohnehin am positiv besetzten Bild des frühneuzeitlichen Bergarbeiters

orientiert habe. Krupp und Stumm hätten durch den Gebrauch solcher Termini ihr Verhältnis zur Belegschaft ausgedrückt, das sie als "quasi-ständisch" verstanden. Zur Frage nach der Tragfähigkeit interregionaler Vergleiche auf dem Gebiet der Unternehmenskultur im Kaiserreich gab Seidel zu bedenken, solche Vergleiche könnten weniger an personenbezogenen Aspekten festgemacht werden. Vielmehr müssten sie einer sozialgeschichtlichen Perspektive, die z.B. nach familiären Verknüpfungen zwischen verschiedenen industriellen Dynastien oder nach Bildung und generativem Verhalten der Industriellen fragt, folgen. Auch die Semiurbanität der Region biete indessen Möglichkeiten für einen Vergleich.

III. Arbeiterkultur und Arbeiterorganisation

André Gounot (Straßburg) eröffnete mit seinem Referat über "*Arbeitersport vor dem Ersten Weltkrieg. Frankreich und Deutschland im Vergleich*" die Sektion *Arbeiterkultur und Arbeiterorganisation*. Zunächst erläuterte er Gründungsbedingungen und Wachstumsfaktoren des Arbeitersports, um dann auf die Identität seiner Organisationen einzugehen und schließlich den Widerspruch zwischen Ideologie und Realität der Arbeitersportkultur herauszuarbeiten. Seinen Ausgangspunkt bildete die Diskrepanz der Mitgliederzahlen in Deutschland und Frankreich. Die Stärke der deutschen Bewegung sei Folge des höheren Organisationsgrades der Arbeiter in einer Partei, der wiederum die Wirkungsmöglichkeiten der Arbeitersportbewegung beeinflusste. Dabei kam es in Deutschland zur Bildung eines gegenkulturellen Arbeitermilieus. In Frankreich dagegen blieb dies aufgrund der Vermischung von republikanischem und sozialistischem Milieu aus. Gleichzeitig spiegelte die Ausbildung der Arbeitersportbewegung in beiden Ländern unterschiedliche kulturelle Konfliktlinien wider: Der deutsche Turnerbund wurde als Reaktion der Arbeitersportbewegung der 1870er Jahre auf Ausgrenzungsbestrebungen und Repressionen von Seiten des Adels und des Bürgertums gegründet, die auf die modernen Wettkampfsportarten ausgerichtete *Fédération Sportive et Athlétique Socialiste* in Frankreich hingegen 1908 vor dem Hintergrund des Konfliktes zwischen der republikanisch-sozialistischen Linken und der katholischen Bewegung. In beiden Ländern bemühten sich Funktionäre um die Verbreitung sozialistischen Gedankenguts in den Verbänden. Der sportliche Wettkampf sollte zurückgedrängt werden zugunsten kollektiver Aktivitäten, wie z.B. gemeinsame Gymnastik, die auf die Herausbildung einer alternativen Arbeitersportkultur zielten. Resultierten daraus in Deutschland interne Spannungen zwischen Turnern und Fußballern, kam es in Frankreich zu Differenzen zwischen Verbandsspitze und Mitgliedern. Der Arbeitersportbewegung ging es keineswegs um die Beeinflussung der bürgerlichen Kultur, vielmehr handelte es sich sowohl in Deutschland als auch in Frankreich um eine "machtorientierte" Bewegung.

Susanne Nimmegern (Heusweiler) setzte sich in ihrem Vortrag "*Am Herd wie am Hochofen. Saarländische Frauen zwischen Haus- und Industriearbeit im 20. Jahrhundert*" mit der gängigen Forschungsannahme auseinander, die Tätigkeit von Frauen sei bis zum Ersten Weltkrieg auf Haushalt und Kindererziehung beschränkt gewesen. Doch schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren Lohnarbeiterinnen im Einsatz und Frauenarbeit eine weit verbreitete Erscheinung: Viele Frauen besserten durch Dienstleistungen für Schlafgänger das Familienbudget auf, sicherten durch eine kleine Nebenerwerbslandwirtschaft das tägliche Auskommen oder sorgten als Fabrikarbeiterinnen für ihren eigenen Lebensunterhalt. So wirkten die Lohnarbeiterin wie die Arbeiterfrau am Industrialisierungsprozeß an der Saar mit. Die Bergwerke waren ihnen als Arbeitsstätten hingegen verschlossen und auch in den Hütten fand man nur vereinzelt Arbeiterinnen. Mit dem Ausbau neuer Industriezweige in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wie der Nahrungs- und Genussmittel- sowie der Textilindustrie, erweiterten sich die Arbeitsmöglichkeiten für Frauen. Die beiden Weltkriege stellten schließlich Höhepunkte in der Frauenbeschäftigung dar. Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb die Frauenerwerbstätigkeit im Saarland – insbesondere der Anteil verheirateter Frauen – allerdings auf einem niedrigeren Niveau als im Bundesdurchschnitt. Doch auch hier zeigte sich ein grundlegend neues Verständnis von Frauenerwerbstätigkeit, indem der bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts stabile Lebensentwurf "Schule-Fabrikarbeit-Ehestand" endgültig zugunsten des Konzepts, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, modifiziert wurde.

Hans-Christian Herrmann (Leipzig) sprach über *“Entwicklungsbedingungen gewerkschaftlicher Interessenvertretung im Kontext der besonderen politischen Verhältnisse im Saarrevier nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg.”* Nach dem Ersten Weltkrieg existierten im Saargebiet christliche, sozialdemokratische und freie Gewerkschaften. Trotz dieser Bandbreite wirkten die Saar-Gewerkschaften in der Völkerbundzeit nicht an der Ausarbeitung der Betriebs- und Tarifverfassung oder an der Verbesserung des Arbeitsrechtes in Deutschland mit, sondern verharrten in einer Art Zuschauerposition. Nach dem Zweiten Weltkrieg beeinflussten die besonderen politischen Verhältnisse im Saarrevier wiederum die gewerkschaftliche Interessenvertretung. Einerseits entwickelte sich eine moderne staatliche Sozialleistungspolitik, die genau auf die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit zugeschnitten war und die Identifikation mit der autonomen Saar stärken sollte. Andererseits blieb eine auf Partizipation ausgerichtete Betriebspolitik aus. Die französische Seite ließ diese nicht zu, da sie mit den Traditionen der dortigen Gewerkschaftspolitik nicht vereinbar war und man deshalb Rückwirkungen auf Frankreich fürchtete. Das daraus resultierende Vorenthalten von Partizipationsmöglichkeiten sowie die mangelnde Anerkennung der Gewerkschaften als gleichwertige Tarifpartner wogen umso schwerer, als in der Bundesrepublik bereits fortschrittlichere Regelungen – etwa in Form der Montanmitbestimmung – umgesetzt worden waren. Dies schuf eine Angriffsfläche für die “prodeutsche” Opposition: Die Bundesrepublik wurde zum Synonym für die Teilhabe an einer fortschrittlichen Betriebsverfassung und das Ende der Fremdbestimmung. Die erneute Aktivierung nationaler Denkmuster schwächte ihrerseits wiederum den gewerkschaftlichen Zusammenhalt. Das Professionalisierungsdefizit, das die Entwicklung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung aufgrund der besonderen politischen Situation im Saarland während der Regierungszeit von Johannes Hoffmann (1947-1955) bestimmt hatte, konnte erst nach dem Beitritt zur Bundesrepublik durch den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) aufgeholt werden.

Sylvain Schirmann (Metz) beleuchtete in seinem Vortrag *“Der interregionale Gewerkschaftsrat (IGB) Saar-Lor-Lux. Ein Stück Europa im Wachsen?”* die Gründungsphase dieses ersten transnationalen Gewerkschaftsrates von Juli 1976 bis zum Anfang der 1980er Jahre. Aufgaben des IGB, seine Realisierung im Grenzraum sowie die sich im Laufe des Einsatzes abzeichnenden kulturellen Differenzen standen im Mittelpunkt der Ausführungen. Vornehmliches Ziel des Interregionalen Gewerkschaftsrates sollte die Interessenvertretung der Arbeitnehmer in der Grenzregion Saar-Lor-Lux darstellen. Bis heute erweist sich eine breite Mobilisierung für die Umsetzung dieses Projektes jedoch als schwierig. Zum einen gibt es kulturelle Divergenzen, zum anderen stellen die unterschiedlichen nationalen Konzeptionen des Gewerkschaftswesens Hindernisse im Hinblick auf eine grenzüberschreitende Kooperation dar. Das Experiment des IGB verdeutlicht damit exemplarisch die Schwierigkeiten der europäischen Einigung.

Die **Diskussion** wurde von **Gilbert Trausch** (Luxemburg) geleitet. André Gounot thematisierte das ablehnende Verhältnis der Arbeitersportbewegung zur olympischen Bewegung, die nationalistischen Überformungen in der französischen Turnerbewegung sowie die Frage nach der Kommerzialisierung des Sports. Susanne Nimmesgern verdeutlichte den regionalgeschichtlichen Kontext der Frauenarbeit. So habe die hohe Hausbesitzerquote keinen anti-emanzipatorischen Effekt gehabt, sondern zu einem gewissen Selbstbewußtsein der Frauen geführt. Von proletarischen Verhältnissen könne in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden, vielmehr sei es sehr früh zu einer Verbürgerlichung gekommen. Im Hinblick auf die Gewerkschaften wurde auf die integrative Rolle des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in der Nachkriegszeit verwiesen; diesbezüglich seien jedoch sowohl die Quellenlage äußerst schwierig als auch der Zustand der Archivbestände desolat. Weiterhin dürfe in der Ära des saarländischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann (1947-1955) das politisch aufgeladene Klima nicht unterschätzt werden, das sich zum Beispiel in den Streikaktivitäten des Abstimmungsjahres 1955 gezeigt habe. Was die europäische Interessenvertretung der Arbeitnehmer angeht, so seien die europäischen Gewerkschaftsräte den nationalen Gewerkschaften untergeordnet geblieben. Hinsichtlich der Grenzgänger lasse sich festhalten, daß diese weder in eigenen Gewerkschaften organisiert gewesen, noch ausreichend in den nationalen und transnationalen Interessenvertretungen repräsentiert worden seien.

IV. Industrie und Landschaft

Juan Manuel Wagner (Saarbrücken) führte mit seinem Referat *“Kulturlandschaftliche Identitätserhaltung in industriell geprägten Räumen durch Umnutzung und Inwertsetzung industriekultureller Relikte”* in den abschließenden Themenbereich *Industrie und Landschaft* ein. Zunächst stellte er die zunehmende Nivellierung historisch gewachsener kulturlandschaftlicher Identitäten fest, um dann die verschiedenen Motive für ihre Erhaltung im Spannungsfeld von Persistenz und Transformation aufzuzeigen. Als Konsequenz forderte er, sich nicht nur auf die Konservierung von industriellen Anlagen zu beschränken, sondern auch industriekulturelle Relikte einzubeziehen, die mit dem Produktionsprozeß verbunden waren. Kriterium für Erhaltungswürdigkeit des einzelnen Objekts sei deshalb nicht nur der kulturhistorische Dokumentationswert, sondern auch die spezifische kulturlandschaftliche Identität. Gleichzeitig mit dieser Identitätserhaltung müssten daher raumverändernde Prozesse im Rahmen des wirtschaftlichen Strukturwandels gesteuert werden. Ziel solcher Steuerungsmaßnahmen müsse sein, Weiterentwicklung an gewachsene kulturlandschaftliche Strukturen anzupassen und darauf abzustimmen. Viele Industrierelikte könnten so einer Nachfolgenutzung im sekundären und tertiären Wirtschaftssektor zugeführt werden und durch diese Umnutzung und Inwertsetzung zu Objekten mit positiver Symbolwirkung werden.

Laurent Commaille (Metz) relativierte in seinem Vortrag *“Zwischen Paternalismus und Wirtschaftlichkeit. Ein neues Bild lothringischer Arbeitersiedlungen”* die These, diese Siedlungen hätten lediglich der Unternehmerschaft zur sozialen Disziplinierung der Arbeiter gedient und durch die Formung zuverlässiger Arbeitskräfte einzig auf das Wohl des Unternehmens gezielt. Vielmehr sollten die Arbeitersiedlungen im ländlich geprägten Raum Lothringens Ansiedlungsanreize bieten, um im Konkurrenzkampf um Arbeitskräfte bestehen zu können. Darüber hinaus erschien der Bau von Arbeiterwohnungen wegen der Mieterträge auch finanziell lukrativ. War die Errichtung dieser Siedlungen damit zunächst von wirtschaftlichen Aspekten geleitet, so zeichnete sich nach 1900 ein Wandel ab, und soziale Gesichtspunkte wurden gewichtiger. Denn vor dem Hintergrund sinkender Einkommen und steigender Bau- und Lebenshaltungskosten befürchteten viele Unternehmer, der Staat wolle die Arbeiterwohnungsfrage selbst lösen und so unternehmerische Kompetenzen beschneiden. Das unternehmerische Sozialwerk der Arbeitersiedlungen – das auch die Anlage von Gärten und Sportplätzen oder die Einrichtung von Festsälen miteinschloß – wurde insofern erst relativ spät zu einem Produkt des Paternalismus.

Clemens Zimmermann (Saarbrücken) beendete die Sektion *Industrie und Landschaft* mit seinen Ausführungen über *“Industriefotografie zwischen Selbstdarstellung und Einmischung.”* Er kennzeichnete die Industriefotografie dabei als wichtigen Informationsträger für eine Archäologie der Industriekultur. Insbesondere bei der Rekonstruktion historischer Sozialbeziehungen seien diese Bilder relevant, wobei jedoch Perspektive, Intentionalität und Entstehungskontext des einzelnen Fotos beachtet werden müsse. Die Industriefotografie unterscheidet sich sowohl von der Arbeiterfotografie als auch von der Sozialreportage, da im Mittelpunkt ihres Interesse das Werk und der Produktionsprozeß stehen. Nicht der Mensch soll thematisiert werden, sondern die Maschine. Einen besonderen Typ der Industriefotografie stellt jedoch das Belegschaftsbild mit seiner sozialpsychologischen und gruppenstärkenden Funktion dar. Der historische Medienwechsel vom gemalten Bild zur Fotografie führte zum Verlust der Landschaftsperspektive und damit zum Verschwinden jener Darstellungen, die die Industriewelt noch als schauerliches Spektakel vorgeführt hatten. Die nun erfolgende Motivwahl vermittelte vielmehr einen stilisierten Arbeitsalltag. Maschinen und Werkshallen wurden in sachlicher und nüchterner Ästhetik gezeigt, so daß diese Form der Industriefotografie zu einem Verlust an Utopie und Zukunftsoptimismus zugunsten der Konzentration auf den Augenblick des industriellen Arbeitsprozesses beitrug.

In der von **Peter Blickle** (Bern) geleiteten **Diskussion** war das Referat von Laurent Commaille Ausgangspunkt einer Kontroverse um die Vergleichbarkeit der sozialen Disziplinierung bzw. Kontrolle der Arbeiter. Hans-Walter Herrmann gab zu bedenken, daß die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingun-

gen im Ruhrgebiet nicht auf Lothringen übertragbar seien und deshalb ein direkter Vergleich der Sozialdisziplinierungspraxis in beiden Industrieregionen erschwert werde. Peter Blickle thematisierte darüber hinaus den aus der Frühen Neuzeit entlehnten Begriff der "Sozialdisziplinierung" und gab zu bedenken, daß dessen direkte terminologische Übertragung auf Phänomene des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts problematisch sei. Diskutiert wurde ebenso die Vergleichbarkeit von Industriefotografie und filmischen Zeugnissen in Anbetracht des Arrangementcharakters der gezeigten Settings; zudem wurde für die Bildanalyse eine stärkere Beachtung der ästhetischen Dimension eingefordert.

Rainer Hudemann (Saarbrücken) zog abschließend eine Bilanz der Tagung und zeigte weitere Arbeitsperspektiven auf. Dabei ging er vor allem auf die Ergiebigkeit des interregionalen Vergleichs im nationalen und im internationalen Rahmen ein. Die grenzüberschreitende Verflechtung der Montanindustrien bleibe insbesondere in ihrem Spannungsfeld mit den unterschiedlichen, wenn nicht oft gegensätzlichen nationalen und regionalen Kulturen noch umfassend zu untersuchen. Zu erschließen sei dies nur durch interdisziplinäre Zusammenarbeit und Methodenvielfalt.

Alexander König

Die Publikation der ausgearbeiteten Beiträge ist in Vorbereitung.

Kontakt

Prof. Dr. Dr.h.c. Rainer Hudemann
Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung
Landesarchiv
Dudweiler Str. 1
66133 Saarbrücken
E-Mail: hudemann@mx.uni-saarland.de

Copyright

Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2003.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Aldringenstraße 11, 80639 München
Telefon: 089 - 13 47 29, Fax: 089 - 13 47 39
E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2003, Nr.035
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2003/035-03.pdf>